

2010 wurde als das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung begangen, aber trotz einer Vielzahl von Veranstaltungen und entgegen vieler Willensbekundungen und Reden hat sich die Zahl der Armen in unserem Land nicht erkennbar verringert. Der Aufwand scheint weitgehend nutzlos verpufft, das ist ärgerlich.

Viele Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie den Medien scheinen nach dem Ende des Europäischen Jahres 2010 das Thema Armut für hinlänglich bearbeitet zu halten, frei nach der Devise: Gut, dass wir darüber geredet haben. Diese Haltung ist mehr als ärgerlich, sie ist skandalös.

Dass es einer der weltweit wohlhabendsten Gesellschaften nicht gelingt, eine ihren erklärten Werten gerecht werdende Antwort auf die Soziale Frage zu geben und statt dessen Armut als selbstverständlich akzeptiert, ist allerdings für uns alle weder ärgerlich noch skandalös, es ist eine Katastrophe.

Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter erwächst aus dem sich verschärfenden Widerspruch von Arm und Reich und der zunehmenden Akzeptanz eines „Armutssockels“ ein berufliches Dilemma, das ihnen die redliche Ausübung ihres Berufs erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht: Einerseits ist es ihre Aufgabe, Menschen in einschränkenden Lebenslagen zu einer gelingenden Lebensführung zu ermächtigen. Sie sollen Wege aus den Armutsslagen eröffnen und ihre Klientinnen und Klienten solange auf diesen Wegen begleiten, bis diese zu einem selbstständigen Leben befähigt sind. Andererseits akzeptiert die Gesellschaft Armut als systemimmanent und marginalisiert die Armen. Diese Tendenz wird von vielen Betroffenen dadurch verstärkt, dass sie resignieren und sich in ihrer „Hartz-IV-Nische“ einrichten.

Dieses Doppelheft zum Thema Armut maßt sich nicht an, das Dilemma lösen zu können, es soll vielmehr dazu beitragen, den Leserinnen und Lesern, den angehenden und praktizierenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, einen sachlichen und doch eigenen Zugang zum Thema zu ermöglichen. Denn eines der größten Hindernisse auf dem Weg zur Bekämpfung von Armut liegt darin, dass sie sich nicht in allen ihren Erscheinungen eindeutig bestimmen lässt, ihre Begrifflichkeit häufig diffus bleibt und

darüber hinaus ideologisch instrumentalisiert wird. Armut in einem reichen Land lässt niemanden auf der Straße verhungern oder erfrieren und ist nur mittelbar wahrzunehmen und als Angstgespenst präsent. Sie lässt sich indirekt anhand der Statistiken über erhöhte gesundheitliche Belastungen, den zunehmenden Bedarf an Hilfsleistungen wie der Aufstockung von niedrigen Einkommen durch Hartz-IV und die zunehmende Inanspruchnahme von Lebensmittelpaketen und Tafeln ermitteln.

Wie Armut genau gemessen werden kann, wird mit einer Vielzahl von einander teilweise widersprechenden Armutsmustern höchst unterschiedlich beantwortet. Dies ist Ausdruck einer dringend notwendigen Beschäftigung mit dem Thema und ein Zeichen ernsthaften Bemühens, ein wahrgenommenes Übel zu bekämpfen. Heikel werden die Antworten für die Soziale Arbeit, wenn sie dazu dienen, Armut als gesellschaftlich notwendig oder gar von den Betroffenen als selbst gewählt zu definieren, denn dann zwingen sie die Angehörigen der Profession zur Verbesserung einer Situation, die ihrem Wesen nach keiner Veränderung bedarf.

Perfide werden Armutsdianosen, wenn sie auf Ethnien oder gar genetische Dispositionen zurück geführt werden. Dann bliebe der Sozialen Arbeit lediglich die Aufgabe, den indigenen Armen bei der Einrichtung in ihrem Schicksal beizustehen, und Auftrag der Politik wäre es, von Armut betroffene Migrantinnen und Migranten dazu zu bewegen, sich zu assimilieren, in wörtlichem oder übertragenem Sinn die Kopftücher abzulegen oder ein Ticket „nach Hause“ zu lösen, wo auch immer sich diese Heimat befindet.

Es gibt keine natürliche Armut, sie ist heutzutage immer gesellschaftlich erzeugt. Auch wenn es für viele von Armut Betroffene aus Gründen der Selbstachtung notwendig ist, ihre Lebensumstände als selbst gewählt anzunehmen, ist davon auszugehen, dass sie ein Leben in Sicherheit und Teilhabe vorziehen würden.

Die Aufgabe von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern besteht darin, der Armut ihre Opfer zu entziehen und zu verhindern, dass ihr über Rollenzuschreibungen und -verfestigungen neue Opfer zu geführt werden. Dies geschieht mit den Methoden,

Urteilskraft

die schon von Alice Salomon und anderen Vertreterinnen und Vertretern der Profession Sozialer Arbeit entwickelt und gelehrt wurden: Mit der Hilfe zur Selbstermächtigung und zu einem selbstbestimmten Leben. Hierzu gehört auch, von Armut betroffenen Menschen die Möglichkeit zur Selbsterkenntnis, zur Aufklärung zu geben.

Dieser politische Ansatz Sozialer Arbeit ist in den letzten Jahren verloren gegangen und Armut wird vermehrt auf individuelle Problemlagen reduziert. Die herrschende Wirtschaftsordnung wird zunehmend als naturgesetzlich angesehen. An ihre Reorganisation traut sich selbst in der noch immer andauernden Weltfinanzkrise niemand ernsthaft heran. Folgt man dieser Logik, könnte die Aufgabe Sozialer Arbeit einzig darin bestehen, die Verlierer des Systems ruhig zu stellen, um den inneren Frieden zu erhalten.

Armut als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen, setzt bei Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen ein politisches Bewusstsein jenseits von Parteipolitik voraus und steht im Widerspruch zu der Annahme eines Naturgesetzes. Soziale Arbeit soll Menschen helfen, die ihnen von Anderen, Stärkeren zugewiesene Rolle am Rand der Gesellschaft zurückzuweisen.

Dieses Bewusstsein bedingt eine Haltung und um sie zu erlangen, bedarf es des Wissens. Das Messen, Untersuchen und Analysieren von Erscheinungsformen der Armut ist notwendig, um Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen in der Wissenschaft und in der Praxis Instrumente zur Bewältigung der Herausforderung in die Hand zu geben, die Armut an ihre Profession stellt.

Es ist allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Praktikerinnen und Praktikern zu danken, die diese Instrumente mittels ihrer Forschung schaffen und verfeinern. Wir konnten einige von ihnen gewinnen, mit ihren Beiträgen zu diesem Heft beizutragen. Besonderer Dank gilt Professor Dr. Susanne Gerull, die als wissenschaftliche Beraterin und Autorin maßgeblich an der Entstehung dieses Themenhefts mitgewirkt hat.

Die Redaktion Soziale Arbeit

Dieser Richterspruch hat leider Seltenheitswert: Ende September schickte das Landgericht Lüneburg den ehemaligen Vorsitzenden eines Spendenvereins für viereinhalb Jahre ohne Bewährung ins Gefängnis. Der Mann hatte mit seiner damaligen Vorstandskollegin innerhalb eines Jahres mindestens 116 000 Euro in die eigene Tasche gewirtschaftet. Das Geld hatten Sammler in Fußgängerzonen Norddeutschlands angeblich für notleidende, kranke und behinderte Kinder erbettelt. Nur ein Bruchteil der Erlöse kam aber tatsächlich bei einigen Vorzeigeprojekten an. Noch kann der Mann gegen das Urteil Revision einlegen. Das ist aber eher unwahrscheinlich, denn die Strafe ist Bestandteil eines „Deals“ zwischen dem Angeklagten und dem Gericht. Der Beschuldigte hatte die Prozessführung durch ein umfassendes Geständnis erleichtert und wollte damit einer deutlich härteren Höchststrafe entgehen.

Der Richter sprach einem Bericht des Norddeutschen Rundfunks zufolge von einer „verheerenden Tat für alle seriösen Sammler“. Das ist wahr. Vor allem, wenn man etwas mehr über die Hintergründe weiß. Der Angeklagte ist keineswegs nur in den urteilsrelevanten zwölf Monaten, sondern seit vielen Jahren im „Spendengeschäft“ aktiv gewesen. Die wirkliche Schadenshöhe zu Lasten des gemeinnützigen Anliegends wird also wohl nie bekannt werden. Unter wechselnden Vereinsnamen und mit verschiedenen Partnern lieferte sich der Berufssammler gleichsam ein „Hase-und-Igel“-Rennen mit kritischen Beobachtern: Journalisten, Verbraucherzentralen und der DZI Spenderberatung.

In Rheinland-Pfalz mit seiner hoch wirksamen Sammlungsaufsicht, wäre ein solcher Spendenmissbrauch wohl schon viel früher durch ein Sammlungsverbot unterbunden worden. Doch heute gibt es in zwölf Bundesländern keine Sammlungsaufsicht mehr. So musste „Kommissar Zufall“ helfen: Die Bundesbank hatte wegen des Verdachts auf Geldwäsche die Behörden eingeschaltet, nachdem die jetzt Verurteilten mehrfach hohe Bargeldsummen bei einer Bank eingezahlt hatten. Auf solche Fehler sollten Spender und seriöse Hilfswerke aber nicht „hoffen“ müssen. Eine kompetente Sammlungsaufsicht tut Not – in allen Bundesländern.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de